



02 Schwerpunktthema

In dieser Ausgabe haben wir uns aufgrund der internationalen Relevanz erstmals dazu entschieden, unseren Schwerpunktartikel zweisprachig zu veröffentlichen. Der Artikel analysiert den systematischen Abbau von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung von Vielfalt, Gleichstellung, Inklusion und Zugänglichkeit (DEIA: Diversity, Equity, Inclusion, and Access) an US-amerikanischen Universitäten unter der zweiten Trump-Regierung. Er untersucht aus feministischer Perspektive, wie diese Angriffe auf akademische Institutionen als Teil einer breiteren autoritären Gegenbewegung gegen die epistemische Autorität der Wissenschaft und die demokratische Funktion der Hochschulbildung verstanden werden können.

Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Maßnahmen für Gleichstellung, Antirassismus und Inklusion durch neue Verordnungen der US-Regierung, juristische Streitigkeiten und politische Kurswechsel bei Förderinstitutionen wie der National Science Foundation (NSF) zum Ziel politischer Eingriffe werden – symbolisch, in der öffentlichen Debatte und ganz konkret bei der Finanzierung. Das Zusammenwirken von anti-gender- und anti-wissenschaftlichen Agenden – verpackt in den Begriff „Anti-Wokeness“ – untergräbt die institutionelle Autonomie, die akademische Freiheit und das demokratische Versprechen des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung. Diese Gegenreaktion stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für die Errungenschaften der Frauen- und Bürgerrechtsbewegung dar und destabilisiert auch die Universität als Ort kritischer Forschung und sozialer Gerechtigkeit.

Die Autorin des Schwerpunkts, Kathrin Zippel, ist seit Juli 2022 Einstein-Professorin für Soziologie und

Gender Studies an der Freien Universität Berlin. Nach ihrem Vordiplom in Mathematik und Politikwissenschaft an der Universität Hamburg verfolgte sie drei Jahrzehnte lang eine akademische Karriere in den Vereinigten Staaten. Sie promovierte in Soziologie mit Nebenfach *Women's Studies* an der University of Wisconsin–Madison, forschte als Postdoktorandin an der Columbia University und war Gastdozentin an der Harvard University. Von 2002 bis 2022 war sie Fakultätsmitglied an der Northeastern University und lehrte im *Consortium for Graduate Studies in Gender, Culture, Women, and Sexuality* am MIT. Außerdem war sie Forschungsstipendiatin am Women and Public Policy Program der Harvard Kennedy School und Co-Vorsitzende des *Social Exclusion and Inclusion*-Seminars am Minda de Gunzburg Center for European Studies in Harvard.

Anti-Gender, Anti-Wissenschaft, Anti-Demokratie: Der Krieg gegen DEIA im US-Hochschulwesen (Deutsche Version)

Während US-amerikanische Universitäten Büros für Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion (DEI) schließen und Abschlussfeiern für Minderheiten vom Campus verbannen, warnen Expert*innen vor einem nachlassenden Engagement der Institutionen für die Rekrutierung und Bindung von Frauen und unterrepräsentierten Minderheiten in der Wissenschaft. Die Trump-Regierung hat DEI als Ursache für gesellschaftliche Missstände – von Flugzeugunglücken bis hin zu Führungsversagen – dargestellt und gleichzeitig mit einer Reihe von Verordnungen des Präsidenten, die

sich gegen DEI in Bundesbehörden und Hochschulen richten, einen „Kreuzzug gegen Wokeness“ gestartet. Der systematische Abbau der DEI-Infrastruktur im amerikanischen Hochschulwesen spiegelt eine koordinierte autoritäre Gegenreaktion wider, die die institutionelle Autonomie angreift und darauf abzielt, die epistemische Autorität der Wissenschaft und die potenziell kritische Rolle der Universitäten in demokratischen Gesellschaften zu untergraben. Unter dem Deckmantel der „Anti-Wokeness“ verbindet diese Agenda anti-gender-, anti-wissenschaftliche und anti-intellektuelle Logiken, die darauf abzielen, die Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung und des Feminismus rückgängig zu machen. DEI und Antisemitismus werden strategisch instrumentalisiert, um die akademische Freiheit einzuschränken und Partnerschaften zwischen Bundesbehörden und Universitäten durch gezielte Mittelkürzungen zu zerstören (Zippel 2025).

Bundesforschungsbehörden haben Programme, Projekte und Stipendien ausgesetzt oder gestrichen, und für die NASA (The National Aeronautics and Space Administration), NSF (National Science Foundation) und NIH (National Institute of Health) wurden tiefgreifende Budgetkürzungen vorgeschlagen, was auf eine umfassendere Strategie hindeutet, die Kapazitäten der Universitäten zur Durchführung (kritischer) Forschung zu untergraben und gleichzeitig die akademische Freiheit zu verletzen (Zippel 2025). Diese epistemische Gewalt ist besonders ausgeprägt in umstrittenen Wissensbereichen – Geschlechtsidentität, Critical Race Theory, Klimawissenschaft und Öffentliche Gesundheit –, in denen feministische und antirassistische Wissenschaft, die in WEIRD-Populationen (Westlich, gebildet, industrialisiert, reich und demokratisch) verwurzelten hegemonialen Perspektiven erschüttern. Diese Maßnahmen richten sich nicht nur gegen Einzelpersonen – etwa durch die Streichung von Promotions- und Postdoc-Stipendien für Angehörige marginalisierter Gruppen –, sondern untergraben auch institutionelle Transformationen insgesamt, indem sie strukturelle DEI-Initiativen finanziell austrocknen oder universitäre DEI-Aktivitäten gänzlich untersagen. Ich konzentriere mich hier auf die Gegenreaktion gegen Gleichstellungspolitik, Geschlechtergerechtigkeit

und andere DEI-Infrastrukturen an Universitäten. In diesen Gegenreaktionen laufen anti-gender- und anti-wissenschaftliche Politiken zusammen, um die inklusive Wissensproduktion und die Rolle der Universitäten bei der Aufrechterhaltung von Demokratie zu untergraben.

Verordnungen und andere staatliche Maßnahmen gegen DEI an Universitäten

Der aktuelle Angriff auf DEI ist eine Fortsetzung des jahrzehntelangen Kulturkriegs gegen „politische Korrektheit“, der von seinen Befürworter*innen nun als „Anti-Wokeness“ umgedeutet wird. Diese Gegenbewegung begann mit Gesetzen auf Bundesebene, darunter der 2022 unterzeichnete Stop W.O.K.E. Act in Florida, welcher Schulen und Unternehmen untersagt, bestimmte Konzepte in Bezug auf Geschlecht, race / Rassismus und soziale Privilegien zu unterrichten, und der Texas Senate Bill 17, der DEI-Büros und -Programme an öffentlichen Universitäten verbot. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache *Students for Fair Admissions v. Harvard* im Jahr 2023, die die Bevorzugung von Bewerber*innen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit (race) verbot, legitimierte und beschleunigte diese Anti-DEI-Bemühungen weiter. Auf Bundesebene eskalierte die Gegenreaktion im Jahr 2025 drastisch. Am 20. Januar 2025 erließ die Trump-Regierung zwei wegweisende Durchführungsverordnungen, die sich gegen DEI in Regierung und Wissenschaft richteten. Die Durchführungsverordnung 14168, „Defending Women from Gender Ideology Extremism and Restoring Biological Truth to the Federal Government“ (Verteidigung von Frauen vor extremistischer Gender-Ideologie und Wiederherstellung der biologischen Wahrheit in der Bundesregierung), legte eine Bundespolitik fest, die nur Mann und Frau als biologische Geschlechter anerkennt und damit die Anerkennung von Transgender-Identitäten auf Bundesebene effektiv aufhob. Die Durchführungsverordnung 14151, „Ending Radical and Wasteful Government DEI Programs and Preferencing“ (Beendigung radikaler und verschwenderischer DEI-Programme und -Präferenzen der Regierung), baute die DEIA-Politik des Bundes

systematisch ab, verpflichtete Behörden zur Entlassung von DEI-Mitarbeitenden und löste DEI-Büros in allen Bundesbehörden auf. Entscheidend ist, dass diese Verordnung von Auftragnehmer*innen und Zuschussempfänger*innen des Bundes verlangt, zu bestätigen, dass sie keine DEI-Programme durchführen, die angeblich gegen Antidiskriminierungsgesetze verstoßen. Dadurch werden die Anti-DEI-Vorgaben des Bundes mittels Finanzierungsmechanismen auf Universitäten ausgeweitet.

Zudem setzte das US-Bildungsministerium die jüngsten Präsidialerlasse durch systematische Maßnahmen gegen die DEI-Infrastruktur an Universitäten durch. Die Behörde versandte einen „Dear Colleague Letter“, in dem sie den staatlich finanzierten Einrichtungen 14 Tage Zeit gab, alle DEI-Programme zu streichen, da ihnen sonst der Verlust staatlicher Fördermittel drohe. Gleichzeitig leitete sie Untersuchungen gegenüber 50 Universitäten wegen angeblicher „rassistischer Bevorzugung und Stereotypisierung“ ein. Ferner hat das Ministerium DEI-Initiativen im eigenen Zuständigkeitsbereich entfernt und die Mitarbeitenden angewiesen, Programme zu beenden, die „die Realität des biologischen Geschlechts nicht bestätigen“. Diese Doppelstrategie – die Abschaffung interner DEI-Programme und die Androhung externer Mittelkürzungen – beruft sich auf die Bekämpfung „ideologischer Zwänge“, um die systematische Beseitigung von Gleichstellungsinfrastrukturen und die Auslöschung feministischer, queerer und antirassistischer Rahmenbedingungen im Hochschulbereich zu rechtfertigen.

Bundesforschungsbehörden, insbesondere die NSF, haben nach den Durchführungsverordnungen systematisch Diversitätsprogramme abgeschafft. Die NSF strich über 1.600 Fördermittel für Projekte, die nicht als konform mit den „Prioritäten der Behörde“ angesehen wurden. Zudem wurden hunderte laufende Förderungen gestrichen und drei Vorzeigeprogramme zur Diversität archiviert: ADVANCE (eine 24-jährige Initiative der NSF für intersektionale Geschlechtergerechtigkeit in MINT-Professuren, die als Vorbild für das deutsche Professorinnenprogramm diente), AGEP

(Förderung unterrepräsentierter Minderheiten in der MINT-Graduiertenausbildung) und Teile von INCLUDES (Erweiterung der Beteiligung). Diese Streichungen bedeuten den Verlust von Fördermitteln in Höhe von über 260 Millionen US-Dollar und den systematischen Abbau jahrzehntelanger Investitionen des Bundes in die Diversitätsinfrastruktur im MINT-Bereich.

Die dualen Bewertungskriterien der NSF für alle Anträge – zum einen intellektueller Wert und zum anderen breitere Auswirkungen, die gesellschaftliche Relevanz belegen – umfassten in der Vergangenheit auch DEI-konforme Outreach-Maßnahmen, darunter Programme für Schüler*innen der weiterführenden Schulen, Sommerpraktika in Forschungslaboratorien und andere Initiativen für unterrepräsentierte Studierende. Die Universitäten setzten die Projektverantwortlichen unter Druck, derartige DEI-Initiativen zu beenden, um den Präsidialerlassen Folge zu leisten.

Rechtliche Herausforderungen und institutionelle Reaktionen

Universitäten und akademische Vereinigungen – darunter die Harvard University – haben indes Klage gegen die neuen Anti-DEI-Richtlinien des Bundes eingereicht und dabei erste juristische Erfolge erzielt. Ende April 2025 blockierten Gerichte die Durchsetzung der Richtlinien des Bildungsministeriums mit dem Urteil, dass die Definition von DEI verfassungswidrig vage sei, willkürliche Durchsetzungen ermögliche und gegen die Meinungsfreiheit des Ersten Verfassungszusatzes verstoße. Da es in den USA keine verfassungsmäßige akademische Freiheit gibt, konzentrieren sich die Klagen stattdessen auf die Redefreiheit. Zudem wird der Bundesregierung Kompetenzüberschreitung vorgeworfen, da die betroffenen Fördermittel zuvor vom Kongress genehmigt worden waren. Am 10. Juni 2025 entschied ein kalifornisches Gericht, dass einige der laufenden DEI-bezogenen Förderprogramme des Bundes, darunter auch von der NSF finanzierte Initiativen, vor Mittelkürzung durch die Regierung geschützt sind. Allerdings gilt dieser Schutz derzeit nur für die Kläger; die rechtlichen Folgen sind noch ungewiss.

Einige Einrichtungen im Hochschulbereich haben unter Androhung des Verlusts von Bundesmitteln eine Art vorausseilenden Gehorsams an den Tag gelegt. Die Harvard University, die mit einem Verlust von 2,2 Milliarden Dollar an Bundeszuschüssen konfrontiert war, benannte ihr DEI-Büro in „Community and Campus Life“ um und leitete rechtliche Schritte ein. In dem von Nötigung und Rechtsunsicherheit geprägten Klima forderten die Einrichtungen „Versicherungsschreiben“ von den leitenden Forscher*innen, um zu bestätigen, dass DEI-Aktivitäten im Zusammenhang mit Bundesforschungsgeldern eingestellt wurden. DEI-Einheiten wurden umbenannt oder aufgelöst, Mitarbeitende entlassen, Programme gestrichen und Webseiten von „sensiblen“ Inhalten bereinigt. Unter diesen auch Leitlinien für die Einstellung von Professor*innen. Diese institutionelle Kapitulation macht deutlich, wie Druck über Bundesmittel gesetzliche Gewaltenteilung umgehen kann und über die direkten gesetzlichen Anforderungen hinaus eine abschreckende Wirkung entfalten kann.

Anti-Wokeness als Grundlage für Anti-DEI

Die Durchführungsverordnungen stellen DEI-Maßnahmen als illegal dar und behaupten, dass sie die Leistungsgesellschaft untergraben, indem sie unterrepräsentierte Gruppen begünstigen und damit umgekehrte Diskriminierung ermöglichen. Einige empfinden darüber hinaus behindertengerechte Einrichtungen als „übertrieben“. Diese Gegenreaktion stützt sich auf die Anti-Wokeness-Ideologie, die von Thinktanks wie dem Projekt 2025 der Heritage Foundation propagiert wird, die DEI als Ableitung der Critical Race Theory darstellen. Mit der Rhetorik von „Colorblindness“, „Neutralität“ und „umgekehrtem Rassismus“ dient Anti-Wokeness als Sammelbegriff für Bewegungen, welche sich für den Abbau feministischer, antirassistischer, queerer und behindertengerechter Rahmenbedingungen in Institutionen, Unternehmen und der Gesellschaft einsetzen.

Untersuchungen zeigen, dass DEI-Strategien, die von Universitäten am häufigsten auf Fakultätsebene umgesetzt werden – wie obligatorische Anti-Bias-

Schulungen und Beschwerdeverfahren –, nur eine geringe oder gar keine Wirkung auf die Erhöhung des Anteils weißer Frauen und unterrepräsentierter Minderheiten in Fakultäten haben (Dobbin 2024). Maßnahmen wie Mentoring-Programme, Arbeitsgruppen zu Diversität und Büros für Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sind effektiver, aber weniger genutzt. Die Unterstützung für DEI-Initiativen an Hochschulen war mitunter begrenzt – selbst unter wohlmeinenden Lehrenden und Verwaltungsangestellten, von denen einige die DEI-Strukturen als übermäßig bürokratisch oder formalistisch empfanden. Diese Erkenntnisse diskreditieren keineswegs DEI insgesamt. Vielmehr stützen sie die feministische Kritik, dass sich institutionelle DEI-Bemühungen als unzureichend erwiesen haben, da Universitäten weiterhin hinter der breiteren demografischen Vielfalt zurückbleiben. Für die Förderung von Zugang zu Bildung und wirtschaftlicher Mobilität – Voraussetzungen für eine inklusive demokratische Teilhabe – bleiben nachhaltige DEI-Initiativen unerlässlich.

Über ihre programmatischen Funktionen hinaus entfalten institutionelle DEI-Büros eine symbolische Funktion: Sie signalisieren unterrepräsentierten Minderheiten und Frauen, dass sie zur Universitätsgemeinschaft gehören. Ihre Abschaffung hat bei marginalisierten Studierenden und Lehrkräften zu tiefer Enttäuschung geführt. Der Verlust der DEI-Infrastruktur untergräbt die Rekrutierung, Bindung und wichtige Unterstützungssysteme und vermittelt zugleich kulturelle Ausgrenzung. Damit werden sowohl Vertrauen als auch Zugehörigkeitsgefühl und institutionelle Sicherheit geschädigt – was einer Form des institutionellen Verrats gleichkommt.

Fazit

Das Williams College in Massachusetts hat als erstes verkündet, dass es Anträge auf Finanzierung durch die NSF und NIH aussetzen wird, da es die neuen DEI-Zertifizierungsanforderungen als *Verletzung der akademischen Freiheit* ablehnt. Dieser Widerstand stellt eine Verteidigung der demokratischen Werte der Gleichheit und der Inklusion dar. Allerdings schränkten selbst Institutionen wie Harvard, die die

Sanktionen rechtlich angefochten haben, traditionelle Programme wie die Ausrichtung von Abschlussfeiern für URMs auf dem Campus letztendlich ein, was den allgemeinen abschreckenden Effekt der Anordnungen verdeutlicht. Die Zukunft von DEI bleibt ungewiss, der Schaden ist jedoch bereits erheblich.

Der abschreckende Effekt, der Abbau der Infrastruktur für Gleichberechtigung und Diversität sowie die Rücknahme feministischer und bürgerrechtlicher Errungenschaften markieren eine tiefgreifende Krise der akademischen Freiheit und der Demokratie der USA. Aus feministischer Sicht ist diese Gegenreaktion bekannt – sie ist Teil eines historischen Musters, in dem Fortschritte in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und racial justice ausnahmslos heftigen Widerstand hervorrufen. Doch die Geschichte lehrt uns auch: Unterdrückung kann neuen Aktivismus entfachen. Mit der Verschärfung der Gegenreaktion könnte auch die Entschlossenheit für inklusivere, demokratischere Institutionen wachsen.

References:

Zippel, Kathrin (2025). Wissenschaft als Kampfzone: Die ideologische Neuordnung der US-Wissenschaftslandschaft. *Leviathan* Jahrgang 53, Heft 2, S.264-270, DOI: 10.5771/0340-0425-2025-2-1

Dobbin, Frank (2024). *Do Faculty Diversity Programs Work? Evidence from 600 U.S. Universities Across 20 Years*. DFG Research Center; Modi organisationaler Diversität; Universität Potsdam. Auftaktveranstaltung des DFG-Netzwerks an der Universität Potsdam, 29.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.uni-goettingen.de/de/medien/691284.html>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.

Anti-Gender, Anti-Science, Anti-Democracy: The War on DEIA in US Higher Education (English Version)

As U.S. universities shutter diversity, equity, and inclusion (DEI) offices and force graduation ceremonies for minoritized groups off campus, advocates warn

of declining institutional commitment to recruiting and retaining women and underrepresented minorities in academia. The Trump administration has positioned DEI as a source of societal dysfunction – from aviation accidents to leadership failure – while launching a “crusade on wokeness” through a series of executive orders targeting federal agencies and higher education. The systematic dismantling of DEI infrastructure within American higher education reflects a coordinated authoritarian backlash that assaults institutional autonomy seeking to undermine the epistemic authority of science and the potentially critical role of universities in democratic societies. Framed through “anti-wokeness,” this agenda fuses anti-gender, anti-science, and anti-intellectual logics aimed at reversing Civil Rights and feminist gains. DEI and antisemitism have been strategically instrumentalized to curtail academic freedom and dismantle federal-university partnerships through targeted defunding (Zippel 2025).

Federal research agencies have suspended or cancelled programs, projects and stipends, with deep budget cuts proposed for NASA (The National Aeronautics and Space Administration), NSF (National Science Foundation) und NIH (National Institute of Health) signaling a broader strategy to erode universities’ capacities to conduct (critical) research while infringing on academic freedom (Zippel 2025). This epistemic violence is particularly acute in contested knowledge domains—gender identity, critical race theory, climate science, and public health—where feminist and anti-racist scholarship disrupts hegemonic perspectives rooted in Western, Educated, Industrialized, Rich and Democratic (WEIRD) populations. These efforts do not only target individuals—by cutting PhD and postdoctoral fellowships (especially for members of minoritized groups) —but also undermine broader institutional transformation by withdrawing funding from structural DEI initiatives and prohibiting any university-based DEI efforts. I focus here on the backlash against these programs on gender equity and other university DEI infrastructures, where anti-gender and anti-science politics converge to undermine inclusive knowledge production and the universities’ role in sustaining democracy.